

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt

Für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Silberdorf, Rappell, Neustadt, Schönau.

Abonnementsbestellungen, vierteljährlich 125 Pf. (Zutr. 40 Pf.), monatlich 42 Pf. (Zutr. 15 Pf.), nehmen an die Verlags-Expedition u. Ausgabestellen in Chemnitz u. obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur b. d. Postanstalten — Posttags-Liste Nr. 1059 letzte Nachtrag — (vierteljährlich 120 Pf.) bestellt werden. **Insertionspreis:** die schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pf. — (Korpuszeilen 10 Pf.) — Unter Einschluss pro Zeile 30 Pf. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Annoncen-Annahme für die nächste Nummer bis Freitag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags.

Verlags-Expedition: **Alexander Wiede**, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Bekanntmachung.

Am 10. dieses Monats früh 7 Uhr ist in dem durch Sach's Nachlass nachgelassenen Theile des Chemnitz'schen nachfolgend näher beschriebenen Leichnams eines unbekanntes Mannes aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Es wird ersucht, alle Wahrnehmungen, die zur Ermittlung und Feststellung der Persönlichkeit des Leichnams dienen können, ungesäumt anhermitzutheilen.

Der Verstorbene war mittelgroß, etwa 50 Jahre alt, hatte verunreinigt gelbes Haar, blaue Augen und war bekleidet mit weißem Hemd, ansehnlich dunkelgrauer Hose, letztere in rindberichten hohen Schaftstiefeln stehend, blaue gestrichelte Jacke und blauer Schärpe.

Chemnitz, am 21. März 1884.
Das Polizeiamt.
Siebbrun.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Handelsgesellschaft Gebrüder Großhau zu Chemnitz ist in Folge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf

den 16. April 1884, Vormittags 9 Uhr, vor dem Königl. Amtsgerichte hierseits anberaumt.
Chemnitz, den 20. März 1884.
Bösch, Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Handelsfrau Anna Malwine Rogge gen. Weisberg in Chemnitz wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 18. Februar 1884 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 18. Februar 1884 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Chemnitz, den 21. März 1884.
Königliches Amtsgericht.
Noth.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurden heute

1) auf Folium 2623 die am 25. Februar 1884 errichtete Firma Gebr. Häfle in Chemnitz eingetragen und zugleich veräußert, daß die Kaufmanns-Gesellschaft Herr Johann Karl August Häfle und Herr Karl Hermann Häfle daselbst Inhaber dieser Firma sind.

2) auf Folium 2623 die am 1. Februar 1884 errichtete Firma Alfred Ebeling u. Co. in Chemnitz eingetragen und zugleich veräußert, daß die Kaufmanns-Gesellschaft Herr Heinrich Alfred Ebeling, Herr Otto Ebeling, Herr Otto Ebeling, Herr Joseph Ebeling daselbst Inhaber der Firma sind.
3) auf Folium 2624 die Firma Oskar Franke in Chemnitz und als deren Inhaber der Strumpfwarenfabrikant Herr Ernst Oskar Franke daselbst.
4) auf Folium 2625 die Firma Otto Briel in Chemnitz und als deren Inhaber der Delikatessenhändler Herr Friedrich Otto Briel daselbst eingetragen.
Chemnitz, am 19. März 1884.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
Noth.

Bekanntmachung.

Der Fleischermeister Karl August Graupner in Chemnitz, über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet ist, hat unter Begünstigung darauf, daß er sich mit seinen Gläubigern außergerichtlich geeinigt habe, die Einleitung des Konkursverfahrens beantragt, was gemäß § 189 der R.-O. hierdurch bekannt gemacht wird.

Chemnitz, den 19. März 1884.
Königl. Amtsgericht daselbst, Abtheilung B.
Noth.

Tageschronik.

23. März.

- 1794. Standard's erste Luftschiff.
- 1794. Kuchelstein wird Obergeneral der Polen.
- 1817. Jung, "Stilling", gest.
- 1819. Kobsch's Tod.
- 1849. Kobsch's Sieg bei Kozara.
- 1856. Gründung des Arbeitervereins in Paris.
- 1864. Erklärung des Kongresses in der deutsch-dänischen Frage.
- 1861. Theaterbrand zu Riga.
- 1809. Garun al Naschid gest.
- 1699. Beigl, Verbesserer des Kalenders, gest.
- 1801. Paul I. von Rußland gest.
- 1844. Thorwaldsen gest.
- 1860. Der Vertrag der Abtretung Savoyens und Nizza an Frankreich wird unterzeichnet.
- 1861. Friedrich Vester gest.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 21. März.

Berlin. Die Subkommission des Reichstages bezieht heute die Vorlage über die Anleihe zu Marinezwecken und genehmigte sie in allen ihren Theilen. Die Abgeordneten Fürst Hapsfeldt und Ricker wurden von der Kommission beauftragt, die Vorlage in die Form eines Nachtrags-Etats umzugestalten.

München. Die Kammer der Abgeordneten hat den von der Kammer der Reichsräthe über eine staatliche Mobiliar-Vermehrungs-Anstalt gefassten Beschluß genehmigt. Der Abgeordnete v. Stauffenberg erklärte, daß er auch diesem Beschluß gegenüber seinen früheren verneinenden Standpunkt einnehme. Der Abgeordnete Hoff wurde durch die Schiedsrichter und das Ungenügende in den Statuten und den Einrichtungen mancher Privatgesellschaften die Notwendigkeit der Errichtung staatlicher Anstalten nachzuweisen.

Wien. Von den Wertpapieren, welche dem ermordeten Wiener Geldwechsler Eijert geraubt worden, wurden gestern 24 Aktien bei der Bester Komptekonten vorgefunden. Das Individuum, welches die Aktien dorthin überbrachte, nannte sich Conrad Wilkens und ist laut dem Signalement identisch mit dem verhafteten Anarchisten Kammerer. — Im Bester Palais des Erzherzogs Joseph wurde der Diener Bajda verhaftet, weil derselbe angeblich ein Attentat gegen den Oberhofmeister Baron Wray vorbereitet. — Erzherzog Johann konstruirte einen anhängbaren Schnellwagen. Die vorgenommenen Proben ergaben ein glänzendes Resultat.

Kairo. Aus Saadin vom heutigen Tage wird gemeldet, der Scheik Morgani habe sich mit einem andern Scheik heute in das englische Lager bei Hantul begeben, um bei dem Empfange mehrerer Scheiks, welche selber zu den Anhängern des Osman Iqmas gehörten, jezt ab zu den Engländern übergetreten sind, gegenwärtig zu sein. Petersburg. Der Generaladjutant Graf Wladimir Alexberg, der ältere, ein Mitglied der Tafelrunde des Zaren Alexander II., ist gestern gestorben.

Berlin, 22. März, Mittags. Die Geburtsstagsfeier des Kaisers wurde Morgens mit einer von Kavallerietrompeterkorps von der Schloss-Ruppel gebildeten Revue eröffnet. Alle Staatsgebäude, sowie viele Privatgebäude waren besetzt und theilweise mit Blumen geschmückt. Auf dem Palais des Kronprinzen weht neben der Kronprinzenstandarte die englische Flagge. Auf den Hofpavillons und denen der Gesandtschaften sind die betreffenden Nationalflaggen ausgezogen. Der Kaiser, welcher sich besten Wohlseins erfreut, trat, vom Publikum enthusiastisch begrüßt, kurz vor acht Uhr an das Fenster seines Arbeitszimmers, um das reich mit Vorbeerbäumen, Kamelen und anderen Blumen geschmückte Denkmal Friedrich des Großen zu betrachten. In den Schulen fanden Festakte statt, in den Theatern wurden Festvorstellungen gegeben. Vielfache Vorbereitungen zur Illumination sind getroffen. Sämmtliche Morgenblätter brachten dem Kaiser in festartikeln Glückwünsche dar. Der König von Sachsen wohnte früh der Messe in der St. Hedwigskirche bei.

Dresden, 22. März, Mittags. Die Masernerkrankung des Prinzen Georg nimmt einen regelmäßigen Verlauf. Heute war er fieberfrei und hat etwas Nahrung zu sich genommen.

Vom schäftigsten Landtage.

Beide Kammern beschäftigten sich gestern mit den Wahlen der von den Ständen zu ernennenden Mitglieder des Staatsgerichtshofes, eine der letzten Obliegenheiten des jeweiligen Landtags vor seinem Aufbegehren, und zwar wurden in der 2. Kammer per Affirmation die bisherigen Mitglieder: Stadtrat Heubner in Zwickau,

Verwaltungspräsident Otto und Justizrat Köpfschütter in Dresden, sowie deren Stellvertreter Rechtsanwalt Temper in Zwickau und Geheimer Justizrat Dr. Stiller in Dresden wiedergewählt. Dem Dekret, in welchem die Kammer um ihre Zustimmung zu dem wegen des Baues und Betriebes einer normalspurigen Sekundärbahn von Ronneburg nach Meuselwitz mit der Herzoglich Altenburgischen Regierung verhandelten vorläufigen Abkommen ersucht wird, wurde zugestimmt. Betreffs der bereits in Beratung genommenen zahlreichen Eisenbahnpetitionen ließ die Kammer bei ihren in der ersten Beratung gefassten Beschlüssen stehen und überließ ferner gemäß dem Antrag der Deputation ohne Debatte die noch hängengelassenen Petitionen um Erbauung der Straßen Jitau-Dybin und Chemnitz-Moritz, sowie um Verbesserungen auf dem Bahnhofe Meerane der Regierung zur Kenntnissnahme. Eine weitere Petition des Gemeindevorstandes Wunderlich in Niederaltersdorf um Ausdehnung der bei Noß, Rindorf und Lungenzungen bewilligten Anschlüsse auf den Weitzgrund wurde der Regierung ebenfalls zur Kenntnissnahme überlassen. Zum Schluß erfolgten noch Mittheilungen über die Resultate des Vereinigungsverfahrens. In nicht ganz einstündiger Sitzung war die Tagesordnung erledigt.

Die gestrige Sitzung der Ersten Kammer nahm gleichfalls einen debattireichen Verlauf. In der vorgemerkten Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes wurden auf Antrag des Freiherrn von Friesen ebenfalls durch Affirmation zu Mitgliedern Finanzprokurator Hofrath Velschorn, Justizrat Rechtsanwalt Strödel und Hofrath Rechtsanwalt v. Konnrich, sowie zu deren Stellvertretern Justizrat Stola und Dr. Stein und Geheimer Justizrat A. D. Scipio Aguilista gewählt. Sodann folgten noch einige Mittheilungen über die Resultate des Vereinigungsverfahrens mit der Zweiten Kammer. Betreffs der Petition und Beschwerden Berno Gaudernack's u. Gen. zu Dresden hinsichtlich der Auffichstführung über das Vermögen der unmindesten Geschwister Gaudernack von Seiten der Oberverwaltungsbehörden wurde in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer beschlossen, dieselbe auf sich beruhen zu lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Der Reichstag hat am Donnerstag die so große Spannung erwartete Debatte über die Verlängerung des Sozialistengesetzes begonnen. Vorher war die Wahl des Abgeordneten v. Dreyer, ersten Präsidenten des Reichstags, im 3. Frankfurter Wahlkreis, welche in der vorigen Sitzung beantragt worden war, laut Antrag der Wahlprüfungskommission einstimmig für gültig erklärt worden. Das Haus nahm hierauf zunächst Kenntniß von der Denkschrift der Preussischen und der Hamburgischen Regierung über die auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen, nachdem zu der Denkschrift nur die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Spatenkover und Grillenberger gesprochen hatten. Die Debatte über den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, den Gesetzentwurf über die zweiwährige Verlängerung des Sozialistengesetzes, wurde von dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Marquardsen eröffnet, welcher den aufstimmenden Standpunkt seiner Partei zu der Tendenz der Vorlage darlegte. In salmianter Rede — während welcher Fürst Bismarck in das Haus eintrat — wandte sich Abg. Webel, der Führer der deutschen Sozialdemokratie, gegen die Vorlage und gegen alle Ausnahmsgesetze überhaupt und sprach sich dann im Laufe seiner Ausführungen über die Bedrückungen und Verfolgungen, denen seine Partei ungerathener Weise ausgesetzt sei, aus. In längerer Rede trat Minister v. Puttkamer für die Gründe der Vorlage dem Vortrager gegenüber ein und sprach speziell über die bekannte Brodtrübsel, in welcher der Chef der sozialistischen Partei die Grundbegriffe des sozialistischen Zukunftsstaates niedergelegt hat. Namens der Zentrums-partei sprach sich Abg. Dr. Windthorst für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission aus und behielt sich im Uebrigen seine definitive Stellungnahme vor. Auch sprach der Zentrumsführer die Hoffnung aus, daß die — gekrümmte — Gesundheit des Reichskanzlers jenseits in Preußen eine völlige Rückkehr zur alten christlichen Weltanschauung veranlassen werde. Nunmehr ergriff Fürst Bismarck das Wort und erklärte, die Regierung sei zur zweiwährigen Verlängerung durch das Mißtrauen gegenüber der Majorität gezwungen worden und betonte im Weiteren, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht nur durch regressive, sondern auch durch positive Maßnahmen für die Arbeiter zu erstreben sei, wie dies schon die kaiserliche Vorlesung vom Jahre 1881 hervorgehoben habe. Es sei jedoch unmdglich, prophylaktische (vorbeugende) Mittel aus den Händen zu geben; die Fortschrittspresse suche durch Verächtlichmachung die Absichten der Regierung herabzusetzen, indem sie die Arbeiter gegen die neue Sozialpolitik hetze. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

Gestern nun wurde dieselbe wieder in Gegenwart des Reichskanzlers fortgesetzt. Den prinzipiell gegnerischen Standpunkt gegen die Vorlage vertrat die Abg. Dr. Hänel und Sonnemann. Ersterer suchte insbesondere die gestrigen gegen die Fortschrittspartei gerichteten Angriffe des Reichskanzlers zu entkräften und erklärte, daß seine Parteigenossen jede Ausnahmsmaßnahme verwerfen. Einigen Ausschreitungen der Sozialdemokratie sei mit dem gemeinen Rechte entgegenzutreten. Abgeordneter v. Rindorf dagegen verteidigte die Regierungsvorlage, indem er die Zustimmung der Reichspartei für dieselbe in Aussicht stellte. Er erklärte sich gegen kommissarische Beratung, für welche gar kein Anlaß vorliege. Die Andeutungen des Abg. Sonnemann, als ob bei dem Dynamitattentat auf das Polizeipräsidium in Frankfurt am Main die Behörde selbst nicht ganz unthätig erweise, wie als Kommissar der verübten Mordthaten, der. Vizepräsident des preussischen Staatsanwaltschafts, Minister des Innern v. Puttkamer sehr energisch zurück und konstatierte auf der Reichspartei, daß die Anarchisten selbst die Urheber dieser Verbrechen für sich in Anspruch nehmen. Abg. Freiherr v. Malajun-Walt erklärte Namens der deutschkonservativen Partei, daß sie ebenso wie vor drei Jahren auch heute die Verlängerung des Sozialistengesetzes für eine Nothwendigkeit hielt. Sie würden deshalb für das Gesetz, und mit der Reichspartei gegen die kommissarische Beratung stimmen. Es nahm dann noch der Abg. Dr. v. Jagdewitz (Hofe) das Wort, dessen Ausführungen den Reichskanzler fürsten v. Bismarck zu einer kurzen Entgegnung veranlaßten. Schließlich sprach noch Abg. Liebknecht. Derselbe wandte sich gegen die Verweisung des Gesetzes an eine Kommission. Ein Ausdrück, welchen der Redner hinsichtlich des Frankfurter Dynamitattentats von der Polizei gebrauchte, wurde vom Präsidenten gerügt. Des Weiteren sprach Abg. Liebknecht über die verderblichen Folgen, welche das Sozialistengesetz seiner Meinung nach habe und verbreitete sich sodann darüber, was er unter Sozial-Reform verstehe. Nachdem Abg. Windthorst nochmals das Wort ergriffen und sich für kommissarische Beratung ausgesprochen hatte, wurde darauf das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Gegen die Kommissionsverweisung stimmten die beiden konservativen Fraktionen und die Sozialdemokraten. — Die beiden letzten Gegenstände der Tagesordnung: die mit der Schweiz wegen gegenseitiger Zulassung der in der Nähe der Grenze wohnhaften Medizinpersonen zur Ausübung der Praxis am 29. Februar 1884 abgeschlossene Uebereinkunft, und das Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Ost-Preußen für das Etatsjahr 1883/84, wurden ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. — Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Der neuernannte russische Votschafter am Berliner Hofe, Fürst Orloff, ist am Freitag Mittag in feierlicher Audienz vom Kaiser empfangen worden, wobei der Votschafter ein Handschreiben seines Souverains überreichte. Fürst Orloff wurde hierauf auch von der Kaiserin empfangen.

Die Vermählung der Prinzessin Viktoria von Hessen-Darmstadt mit dem Prinzen von Battenberg ist nunmehr auf den 17. April definitiv festgesetzt worden. Bekanntlich gedent die Königin Viktoria von England, die Großmutter der Prinzessin-Victoria, den Hochzeitsfeierlichkeiten beizuwohnen; aber die hierbei projektierte Begegnung Kaiser Wilhelms mit der Königin Viktoria liegt indessen noch nichts Näheres vor.

Oesterreich-Ungarn. Die Frage der nationalen Zweitheilung Böhmens unterliegt gegenwärtig im Klub der Vereinigten Linken des österreichischen Abgeordnetenhauses lebhaften Debatten. Ein Theil der deutschböhmisches Abgeordneten ist entchieden für diese Maßregel, da sie nur hievon eine gedeihliche Entwicklung der Verhältnisse in Böhmen erwarten. Bis jezt hatte sich aber das Gros der Vereinigten Linken dem Anträngen ihrer Parteigenossen aus Böhmen gegenüber, bestimmt formulierte Anträge auf administrative und sprachliche Zweitheilung Böhmens einzubringen, ziemlich reservirt verhalten, indem man diese Angelegenheit noch nicht für sprechreit hielt. In den neuesten Mittheilungen hierüber aus Wien ist indessen der Klub der Vereinigten Linken jezt aus seiner Reserve heraustrgetreten und hat seinen Vorstand beauftragt, die bezüglichen Vorträge vorzubereiten. Auf eine direkte Verhandlung mit den Tschechen über dieses Thema will sich der Klub nicht einlassen.

Frankreich. Die raschen Erfolge, welche General Willot an der Spitze des französischen Expeditionskorps über die demoralisirte chinesisch-annamitische Armee im Norden Tonkin's errungen hat, bedingten im Wesentlichen den militärischen Theil der Tonkin-Expedition. Die militärische Dymnastie des chinesischen Reichthums ist durch die fortwährenden Schlappen der chinesischen Truppen während der zwei